

Am 31. Mai 2010 kam es zu einem Zwischenfall vor der Küste Gazas. Das israelische Militär enterte sechs mit Hilfsgütern für den Gazastreifen beladene Schiffe, die die Blockade durchbrechen wollten. Beim Entern der Mavi Marmara wurden nach Berichten mindestens neun Menschen getötet und über vierzig verletzt.

Viele Staaten verurteilten den Angriff und kritisierten zugleich die seit drei Jahren andauernde Blockade des Gazastreifens. US-Außenministerin Hillary Clinton etwa bezeichnete die Situation in Gaza als „unhaltbar und inakzeptabel“. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon forderte, dass Israel die Blockade sofort aufheben müsse. Niemand von ihnen hatte jedoch zuvor die ständigen Angriffe auf Israel und die Terroranschläge durch Palästinenser in Israel so laut verurteilt oder gefordert, damit aufzuhören.

Zweieinhalb Wochen nach dem „Ship-to-Gaza“-Zwischenfall beschloss das israelische Sicherheitskabinett am 20. Juni 2010 eine Lockerung der Blockade des Gazastreifens. Güter zur zivilen Nutzung sowie Materialien für zivile Bauprojekte unter internationaler Aufsicht sollen ohne Einschränkungen in den Gazastreifen eingeführt werden können. Diese Einfuhr könne aber nur über den Landweg erfolgen, die israelische Regierung werde auch weiterhin an der Seeblockade festhalten. Statt der Liste mit den erlaubten Produkten gibt es seitdem eine Liste mit verbotenen Materialien, meist Gegenstände, die auch als Waffen benutzt werden können.

Im November 2010 forderten Hilfsorganisationen wie Amnesty International und medico international mit einem Appell an die internationale Gemeinschaft das sofortige Ende der Gaza-Blockade. Sie klagten an, dass das Verbot von Exporten aus dem Gazastreifen nicht aufgehoben wurde und dass es vor allem an Material für den Wiederaufbau fehle. Zudem sei die Bevölkerung stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und nach Angaben der UN zu 80 % von externen Hilfslieferungen abhängig.

Beeinflusst von der Revolution in Ägypten, gingen viele Palästinenser im Februar 2011 auf die Straßen und demonstrierten gegen die aktuelle politische Situation. Nachdem die Regierung im Westjordanland Wahlen für Ende 2011

angekündigt hatte und zurückgetreten war, unterschrieben Anfang Mai Ismail Haniyya und Mahmud Abbas ein Versöhnungsabkommen, das eineinhalb Jahre zuvor die ägyptische Führung in Auftrag der Arabischen Liga aufgesetzt hatte. Beide Fraktionen planten, vor der Parlamentswahl 2012 eine gemeinsame Übergangsregierung zu bilden. Palästinensische Politikexperten führten diesen Schritt auf die arabischen Aufstände seit Beginn des Jahres 2011 zurück. Das ägyptische Außenministerium kündigte daraufhin an, den Grenzübergang bei Rafah dauerhaft zu öffnen und so die Blockade des Gazastreifens zu beenden. Nahostexperten betrachteten die Chancen auf eine dauerhafte Aussöhnung der beiden Parteien jedoch skeptisch. **Am 10. März 2012 wurden wiederum mindestens 130 Raketen vom Gazastreifen aus auf israelische Städte und Dörfer innerhalb von 35 Stunden abgefeuert.** Das Raketenabwehrsystem Iron Dome konnte bis zu 90 Prozent der abgefeuerten Raketen abfangen.

Am 11. November 2012 erreichten bei Angriffen mit Mörsergranaten und Raketen erneut über 100 Geschosse innerhalb von 24 Stunden Ziele in Israel. Etwa 450 Raketen sollen in diesem Zeitraum mehrerer Tage von Gaza auf israelisches Gebiet abgefeuert worden sein, dabei starben drei Menschen im Süden Israels. Als Reaktion griff die israelische Luftwaffe in der Operation Wolkensäule ab dem 14. November 2012 Ziele im Gazastreifen an. Im Zuge dieser Angriffe wurde auch der Hamas-Führer Ahmed al-Dschabari getötet. **Von 2001 bis 2012 waren damit etwa 11.000 Raketen aus Gaza nach Israel abgefeuert worden.** Am 21. November 2012 wurde durch Vermittlung Ägyptens und der USA eine Waffenruhe erzielt.